

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Wie stehen wir?

Die drei wichtigsten Fragen der sozialen Bewegung drehen sich um Arbeitszeit, Löhne und Arbeitslosigkeit. Außerdem sind es aber noch eine Anzahl von wichtigen sozialen Fragen, welche den Inhalt der gegenwärtigen sozialen Kämpfe bilden.

Es ist hier nicht der Ort, den großen Kampf um die Erhaltung des Achtstundentags, der seit der Stabilisierung geführt wird, ausführlich zu schildern. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Arbeitszeitverordnung erlaubt weitgehende Arbeitszeitverlängerungen, hält aber grundsätzlich an dem Achtstundentag fest. Der Kampf geht in erster Linie um die richtige Auslegung dieser Verordnung, daß nämlich die Arbeit über acht Stunden im Tag als eine Ausnahme und die vereinbarte Arbeitszeitverlängerung als Überarbeit zu betrachten ist, die dementsprechend entschädigt werden muß. Der Achtstundentag soll, wo nicht wirtschaftliche Belange die unbedingte Arbeitszeitverlängerung erfordern, bestehen bleiben. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß diese Kämpfe nicht erfolglos waren. Von der allgemeinen Abschaffung des Achtstundentags kann um so weniger die Rede sein, als selbst in Industriezweigen, wo der neue Tarifvertrag das Recht zur Arbeitszeitverlängerung gibt, oft nur ein Bruchteil der Arbeiter länger als acht Stunden arbeitet. In einer Anzahl von Industriezweigen besteht weiter der Achtstundentag, so in den Schuhfabriken, in der Lederhandschuhfabrikation, in der Möbelindustrie, im Fabrikbetrieb usw. In den meisten Tarifverträgen wird die Überarbeit mit einem Lohnzuschlag von 10 bis 25 v. H. vergütet. Nichtsdestoweniger ist der Kampf um die Arbeitszeit noch bei weitem nicht abgeschlossen und wird die soziale Bewegung noch für lange Zeit beherrschen. Die Ausführung des Reparationsauftrags wird — wie die letzte Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zeigt — die Arbeiterfrage in ihrer Wirkung auf die Beziehungen wieder in den Vordergrund stellen. Aus dem jüngsten Kampf um die Arbeitszeit sollen die an der Frage der Arbeitszeit geknüpften Tarifverhandlungen im Baugewerbe erwähnt werden.

Nach der Stabilisierung wurden Goldlöhne festgesetzt, die sich bald als vollkommen ungenügend herausstellten. Man hoffte auf einen kräftigen Preisabbau, der dann der Ausschüttung der Geldwertminderungszuschläge bald nach der Stabilisierung einsehen sollte. Inzwischen ist dieser nicht bzw. nur ungenügend erfolgt. Nach dem Sinken der Preise Ende 1923 begann bereits im Januar eine Bewegung der Preise nach aufwärts, die bis Mitte April andauerte. Die seitdem erfolgte rückläufige Bewegung war verhältnismäßig unbedeutend. Es mußten um die Erhöhung der Lohnsätze Kämpfe geführt werden. Da in sämtlichen Industriezweigen die Tarifverträge gekündigt und in den Abschluß neuer Tarifverträge Verhandlungen geführt wurden, konnte die Heraushebung der Löhne erkämpft werden. Von Ende April bis Ende Mai sind zum Beispiel die Real-löhne der Mitglieder von acht großen Gewerkschaften im Durchschnitt bei Gelehrten um 6,9, bei Ungelernten um 7,5 v. H. gestiegen. Trotzdem sind die Real-löhne der Vorkriegszeit auch bei verlängerter Arbeitszeit noch bei weitem nicht erreicht worden. Bei den erwähnten acht Gewerkschaften betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne für Gelehrte 56 Goldpfennig = 82,2 v. H. und für Ungelernte 42,3 = 102,4 v. H., die Wochenlöhne für Gelehrte 28,58 M = 83,2 v. H., für Ungelernte 22,88 M = 95,3 v. H. des Vorkriegsreallohnes. Da aber der Reallohn in dieser Berechnung durch die Reichsmehrwahl der Lebenshaltung errechnet wurde, während die tatsächlichen Lebenshaltungskosten viel höher stehen, so sind die wirklichen Real-löhne im Vergleich zum Vorkriegsstand noch niedriger.

Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit, die in den ersten fünf Monaten des Jahres gegenüber der zweiten Hälfte 1923 wesentlich abgenommen haben, erfuhren wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Juni wieder eine Steigerung. Seit der Stabilisierung werden die Kosten der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache von den Arbeitnehmern und Arbeitsgebern getragen, wozu noch in erster Linie die Gemeinde, außerdem noch das Land und das Reich Beiträge zufernern. Der Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums sieht für das laufende Budgetjahr einen Betrag von 280 Millionen Mark zur Erwerbslosenfürsorge vor, wovon 170 Millionen auf die unproduktive und 110 Millionen auf die produktive Erwerbslosenfürsorge entfallen. Im Reichsfinanzministerium wurden dafür ursprünglich 440 Millionen Mark bestimmt, dieser Betrag ist jetzt herabgesetzt worden. Trotz der Verteilung der Lasten der Arbeitslosenfürsorge auf fünf Beteiligte sind die Unterstützungsbeiträge äußerst gering. So ist zum Beispiel der Höchstbetrag, den ein Erwerbsloser mit Familie in Ostpreußen von Westpreußen (wo für den höchsten Satz gilt) mit Familienzuschlag erhalten kann, 1,88 M täglich, sonst schwankt die Höhe der Erwerbslosenerstützung für erwachsene männliche Erwerbslose über 21 Jahre zwischen 60 bis 90 S den Tag; für weibliche Personen und männliche unter 21 Jahren zwischen 35 bis 71 S. Die Unterstützung der Kurzarbeiter ist seit März überhaupt aufgehoben. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wird dadurch verringert, daß sie nach einer Arbeitslosigkeit von 26, höchstens 39 Wochen die Unterstützungsberechtigung verlieren und der Armenfürsorge überwiesen werden. Auch durch die Forderung des Nachweises einer Beschäftigung werden Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschlossen. Nach der Verordnung müssen Arbeitslose die ihnen zugewiesenen Notstandsarbeiten ausführen, die mit viel unnötiger Härte verbunden sind und nicht entsprechend entlohnt werden. Eine Selbstverwaltung der Arbeiter bei der Erwerbslosenfürsorge gibt es nicht.

### Gegen den Massenmord!

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam erläßt zur zehnjährigen Wiederkehr des Weltkriegsbeginns das folgende Manifest an die Arbeiter aller Länder!

Der Zeitpunkt ist gekommen, an dem die Menschheit zum zehnten Male mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurückblickt, an dem der erste Kanonendonner den grauenvollen Massenmord des Weltkrieges ankündigte. Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilgewöl über der mit Blut und Tränen gebüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Rasen einander an die Kehle wie die wilden Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagmorden einer vom Machtwahnsinn erfaßten Kapitalistenclique umnebelt, mußten ihr Leben für die Sünde opfern, daß sie nur für die Demokratie und die endgültige Befreiung der Menschheit von der Kriegsgeißel in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Fronte alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt hatten und fast verwirklicht glaubten.

### Schon rüsten die Staaten aufs neue zum Kampf!

Mittlerweile sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenschlächtereien übertreffen würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf herausbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum und in dem die Menschen wie Ungeziefer ausgerottet würden.

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unverwundbar weiterleben: ein Haß, den nur verbrecherische Gleichgültigkeit vergessen kann. Das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angefaßt von dem Krieg zertrümmerten Welt von Verzweiflung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als erste die Fahne der Internationale wieder emporhob. Es war die international organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erschallen ließ: „Nieder mit dem Krieg!“ Dieses international vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen — dann wird ihr Massenaufmarsch gleich einer drohenden Wärmung allen jenen in die Ohren klingen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgucht aufs neue anschicken die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen **Antikriegstag**. Dieser Tag muß eine Feiertag werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbegrenzten Lebenslust der Völker ungestraft verhöhnen dürfen.

Kameraden! Demonstrieren in Massen von Tausenden an unserem internationalen Antikriegstag!

### Krieg dem Kriege! — Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Leon Jouhaux, Th. Leipart, E. Mertens,  
Vorstände.

Jan Dubegeest, Joh. Sassenbach, John W. Brown,  
Sekretäre.

Kein Wunder, wenn angesichts der geschichtlichen Umstände die Bestrebung zur durchgreifenden Umänderung der Erwerbslosenfürsorge einen wichtigen Platz in der sozialen Bewegung einnimmt.

Ein grundsätzlicher Kampf entbrannte um die Frage der Tarifverträge. Diesen wichtigen Bestandteil des sozialen Rechtes wollen die Unternehmer von zwei Seiten her untergraben. Zunächst einmal entfalten sie eine lebhaft propagandistische Werbetarifschlacht, die anstelle von allgemeinen Tarifverträgen für eine Industrie treten sollen. Es läßt sich leicht vorstellen, wie die Unternehmer ihre Machtstellung im Betrieb mißbrauchen werden, wenn sie mit ihren Arbeitern Tarifverträge abschließen würden. Der Kampf gegen den „Zwangstarif“, das heißt gegen die Mitwirkung der staatlichen Behörden beim Zustandekommen von Tarifverträgen und Schlichtungsverfahren ist eine Form des Kampfes gegen die Tarifverträge selbst. Etwas anderes ist die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche, womit auch gewerkschaftliche Kreise häufig nicht einverstanden sind. Die Praxis des Schlichtungsverfahrens bei Verbindlichkeitsklärungen hat starke Zweifel an der Richtigkeit der letzteren erweckt.

### Was nun?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben vor einiger Zeit einen Ausschuss eingesetzt, der unterzucht sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens (Dames-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis wird in einer Broschüre zugänglich gemacht. Bei der Untersuchung der Frage: Annehmen oder ablehnen? ist der Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entschliebung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dames-Gutachtens bedeutet nicht, daß den Reparationsleistungen entgegen zu können, sondern bedeutet im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes. Daß es soweit gekommen ist, verdankt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verhindert und dadurch das Ruhrabenteuer herausbeschworen. Die deutsche Vorgeschichte hat diese Befreiung vorausgesehen. Sie hat sie nicht verniedert, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand, Zahlung oder Befreiung, hat sie bewußt sich für die zweite Lösung entschieden. Stimmes lieferte die Begründung dafür: „Ich muß betonen“, sagte er, „daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt, daß sie damit nicht erreichen, als daß sie bei erhöhten Lasten noch weniger bekommen.“

Nachdem sich die Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die deutschen Schwerindustriellen durch die Rückverträge zu Erfüllungspolitikern. Koch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dames-Gutachtens. Aber all das tun sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Bege bezahlen.

Man täusche sich nicht. Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung. Deshalb die Behauptung, das Washingtoner Achtstundentagsabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch niedrige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhaupt durch Abbau der Sozialpolitik.

Der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichstanzler darauf hingewiesen, daß das Dames-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das laufende Einlebensjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der bestehenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dames-Gutachten sagt darüber: „Man kann zuversichtlich sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als dem ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last davongekommen sind; daher haben wir es der deutschen Regierung zur erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angesichts der zugegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerlast neu auf Goldbasis festlegen sollte.“

Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Marx-Stresemann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationspolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben. Was ergibt sich daraus? Das Dames-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Diese innere Freiheit der Entschliebung bedeutet, daß die Lastenverteilung sowohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann. Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dames-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteidigungsschrift: „Feste Mark — solide Wirtschaft“ erklärt er: „Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerste mögliche Grenze vorgetrieben ist.“ Daraus zieht er den Schluss, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern so stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlussfolgerungen sind klar: Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dames-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, das heißt für eine entsprechende Heranziehung der Belegschaft gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, bei Verabschiedung der Befehle auf Grund des Dames-Gutachtens stillschweigend zuzusehen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerhaushalt auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vornehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Orientierung unserer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik.





den deutschen Verband beweist. Es ist zwar noch nicht genügend, die internationale Hilfeleistung...

Den nun zur Verhandlung kommenden Bericht über den Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes gibt Digmann (Deutschland)...

Die russische Abordnung.

Von einer Aussprache über den Bericht wird abgesehen. Es erfolgt nun die Wahl des Zentralkomitees des Bundes...

Der Kongress hat seine Geschäfte erledigt. Der Vorsitzende Reichel hält die Schlussrede...

Der österreichische Verbandstag

Vom 20. bis 25. Juli wurde in Wien der 13. ordentliche Verbandstag der Metallarbeiter Österreichs abgehalten...

Der Verbandstag hatte eine reichhaltige Tagesordnung, die in der kurzen Zeit nur durch die Selbsttätigkeit und des kameradschaftlichen Geistes erledigt werden konnte...

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik traten die österreichischen Arbeiter wie ihre reichsdeutschen Kollegen den Arbeitgebern gegenüber...

Der Höhepunkt des Kongresses bildete der lehrreiche und anregende Vortrag des Genossen Dr. Otto Haner...

Die auf dem Verbandstag viel erörterte Beitragsfrage wurde durch einen Kompromiß gelöst...

nächsten Jahres tagende Obmannkonferenz erneut zur Beitragsfrage im Sinne des Vorstandes Stellung zu nehmen habe...

Der bisherige Vorstand, aus dem der langjährige erste Obmannstellvertreter Smutny ausstieg, wurde wiedergewählt...

Die neue Gewerkschaftsbank

Am 31. Mai fand die erste Generalversammlung der Deutschen Kapitalverwertungs-G. m. b. H. statt...

Die Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft ist die Wegbereiterin der neugegründeten Aktienbank der deutschen Arbeitnehmer...

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sah sich die Kapitalverwertungsgesellschaft zwei Hauptaufgabenstellungen gegenübergestellt...

Trotzdem kann die Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft Erfolg aufweisen, die sich sehen lassen können...

Die Kapitalverwertungsgesellschaft hat sich nicht darauf beschränkt, die ihr anvertrauten Gewerkschaftsgelder anzulegen...

Die Bank wird ihre wichtigste Aufgabe darin sehen müssen, der Sammelpunkt der finanziellen Mittel aller Arbeiterorganisationen...

Die Bank wird sich aber nicht darauf beschränken, zur finanziellen Stärkung der Gewerkschaften allein beizutragen...

Von einem lituanischen Arbeitgeberverband

Ein Gebilde, das wohl in Deutschland einzig dastehen dürfte, ist der Arbeitgeberverband der Metallindustrie für Litauen...

Von den in Deutschland vorhandenen 40 Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen zählten 3 Arbeiter, alle 20 u. H. des lituanischen Arbeitgeberverbandes...

Wenn man auch die Tätigkeit der Bank, die hier die Werte leihen, eine recht fragwürdige ist, so darf man aber nicht annehmen, daß sie gar nicht zu helfen wüßten...

kluge Politik zu machen verstehen, auch die technische Leitung auf höchstem Stand halten können...

Die oben erwähnte Firma B. Rudolph u. Co. hat den Direktor der Kesselfabrik U. G. in Artern bekommen...

Unterscheidungsvermögen schwach

In einer Besprechung der neuen Zeitschrift des DDB, Die Arbeit, drückten wir (in Nr. 29) den Wunsch aus...

II Metallurgico, Organo della Federazione Italiana Operaia Metallurgica. Dies ist der Name des neuen Monatsblattes des italienischen Metallarbeiterverbandes...

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvordand Stuttgart

Mit Sonntag den 10. August ist der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. August 1924 fällig.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, die öffentlichen Arbeitsämter zu besuchen. Umschauen ist zu vermeiden...

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Vornburg: Der Klempner Paul Westhorn, geb. am 4. Mai 1900...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Ferne: Der Schlosser Gotthold Schober, geb. am 28. März 1879...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lautauert: Der Metallarbeiter Franz Gabel, geb. am 10. Januar 1888...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Schweinfurt: Der Metallarbeiter Johann Metz, geb. am 11. Februar 1893...

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Danzig: Der Schlosser Theodor Gutt, geb. am 13. Februar 1869...

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden ist das Mitgliedsbuch Nr. 5329170, lautend auf den Automatenbreher Wilhelm Wolf...

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg; nach Wiesdorf a. Rh. L.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Rosenheim (H. L. Stambek & Co.) D.; nach Schornbach bei Zriberg...

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rübstraße 16.